

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zykluspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Hammer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühr  
für die sechsgespaltene Kolonnezeitung oder deren Raum 50 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Vor dem Gewerkschaftskongress

Stuttgart, 10. Juni.

Kürzlich jährte der erste deutsche Gewerkschaftskongress zum dreißigsten Male. Die Erinnerung an jene Tagung heißt an den gewaltigen Wandel denken, der in diesen drei Jahrzehnten, eine Sekunde im Leben einer geschichtlichen Bewegung, vor sich gegangen ist. Ein Wandel in der zahlenmäßigen und geistigen Beschaffenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es waren damals, in Halberstadt, 303 000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, die sich auf fünf Duzend Organisationen, in Zentralverbände und Ortsvereine verteilten. Das sie umschlingende Band, die *Generalkommission*, war noch von recht fragwürdiger Dauerhaftigkeit. Die Frage, ob der Gewerkschaftsbewegung ein Eigenleben neben der Partei zuzuerkennen sei, wurde noch vielerorts leidenschaftlich erörtert. Außerdem hatte in den Kollegentreffen selbst die Daseinsberechtigung der Gewerkschaftsorganisation eine große Zukunft haben, meinte zu Halberstadt ein nicht gerade beliebiger Abgeordneter von Berlin. Und aus den Reden der Vertreter der Metallarbeiter, denen einige Zeit vorher zu Frankfurt a. M. der Kühne Zug mit dem *Industrieverband* gegolgt, klang leise die Befürchtung, ob ihre über die enge Gegenwart hinausstrebende Organisationsform Anerkennung finde. Dem *Industrieverband* stand man damals, wenn auch nicht allerbüchsig, noch mit tätiger Abneigung oder Verständnislosigkeit gegenüber. Darin hat sich seitdem gewiß vieles geändert, aber zu wünschen bleibt immer noch sehr viel übrig.

Indessen, das Kleinlein, das sich 1892 zu Halberstadt ins Leben taktete, ist den düsteren Voraussagungen zum Trotz zu einem Riesennachwuchs emporgewachsen; er überträgt heute alle seine Kräfte und Lebensbetätigung. Besonders in den letzten drei Jahren ist er, von dem belebenden Hauch einer Windbraut begünstigt, über alle Massen prächtig emporgeschossen. Die Ausdehnung seines Körpers geschah demnach schnell, daß nicht wenige um seine innerorganische und geistige Entwicklung bangen. Die Bedenken sind gewiß nicht von der Hand zu weisen, vor allem nicht in der Hinsicht, daß das körperliche Wachstum von keiner entsprechenden Kraftzunahme begleitet sei. Diese Meinung wird nicht wenig gestärkt durch den Hinweis auf die Entwicklung des kapitalistischen Gegners.

Alles ist nur ein Gleichnis. Bei der Beurteilung des Wachstums der Gewerkschaftsbewegung darf das Wachstum der Unternehmerorganisation, des Kapitalismus überhaupt, nicht außer acht gelassen werden. Geschieht dies, dann kann man bei aller Freude über die Frucht der gewerkschaftlichen Entwicklung nicht umhin, zu gestehen, daß sie noch zögerlicher, noch stärker sein könnte, nein, müßte. Auch schon ein oberflächlicher Vergleich des einstigen und heutigen Kräfteverhältnisses zwischen Gewerkschaftsbewegung und Unternehmerwertum läßt erkennen, auf welcher Seite der größere Machtzuwachs ist. Die proletarische Organisation ist mächtig emporgediehen, aber noch mächtiger ihr Feind. Wie viel größer dessen Macht heute ist, beweisen die jüngsten Kämpfe in der Metallindustrie, ganz zu schweigen von den vielen anderen Beispielen, die die Konzernbildung, Steuergesetzgebung und die Korruption der öffentlichen Meinung durch die Presse liefern.

Diesen Stand der Dinge in Besseres zu wandeln, hat die oberste Aufgabe des Leipziger Gewerkschaftskongresses, der vom 19. bis 24. Juni stattfindet, zu sein. Unter den neun Punkten seiner Tagesordnung sind es besonders der dritte, vierte und fünfte (Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung, Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsrate), die Gelegenheit zur Aufrüstung der Bewegung geben.

Unter der schier erdrückenden Fülle von Anträgen, die dem Kongress gestellt, nehmen die einen breiten Raum ein, die auf die Umwandlung des organisatorischen Gefüges der Gewerkschaftsbewegung abzielen. Diese Anträge laufen in zwei Richtungen, wovon die eine auf Eingliederung kleiner Vereinigungen in große, auf die Schaffung mächtiger *Industrieverbände* zielt, während die andere auf nichts weniger abzielt, als auf die *Einheitsorganisation* mit einheitlichen Beiträgen, Unterstützungen, Mitgliedsbüchern und Satzungen für alle Berufe, Gegenden, Geschlechter und Alter. Da die zahlreichen Verlangen nach solcher Einheitlichkeit eine auffällige einheitliche Fassung haben, möchte man annehmen, sie seien mehr einem fremden Generalanstoß als eigenem Überlegen zu verdanken. Der Wunsch nach derartiger Einheitlichkeit stand schon von aller Anfang an im Leitfaden vieler Gewerkschafter. Die Erfüllung hätte sicherlich sehr erhebliche Vorteile, großen Gewinn an Kraft, Geld und Zeit gebracht. Leider hat dem die

harte Wirklichkeit oder organisatorische Notwendigkeit, zuweilen auch menschlicher Unverstand entgegengestanden. Die Gewerkschaftsbewegung hat das mit jedem Organismus gemein, daß, je entwickelter er wird, desto zahlreicher, vielfältiger seine Lebensnotwendigkeiten und Betätigungen werden und damit auch die Formen, also in diesem Falle auch die Beiträge, Leistungen, Statuten usw. Das ist die Wahrheit, aber nicht die ganze.

Wenn nun auch die — stetig noch zunehmende — Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens mit seinen unterschiedlichen Berufsbedürfnissen, Löhnen, Bestrebungen nicht gerade für eine *innerorganisatorische* Einheitlichkeit, wie sie in den Anträgen gefordert, spricht, so soll damit beileibe nicht gesagt sein, daß nicht eine größere Einheitlichkeit, eine Vereinfachung der äußeren Organisationsform vorzuziehen und möglich wäre; mit anderen Worten, daß mit der Durchführung des *Industrieverbandes* nun endlich ernst gemacht werden muß. Für die noch weitere Beibehaltung der *Zwergverbände*, der Überreste aus der kapitalistischen Steinzeit, ist ein vernünftiger Grund nicht zu finden, es sei denn der, daß sie eben noch da sind. Sie lassen sich bei einigem guten Willen leicht in die großen Verbände eingliedern, wodurch für ihre Mitglieder nicht nur kein Schaden, sondern ein sehr erheblicher Nutzen entsteht. Noch mehr. Mit dem Aufgehen der kleinen Gewerkschaften in die großen wird die Gewerkschaftsorganisation übersichtlicher, einfacher, billiger, mächtiger, werden unzählige Möglichkeiten der Reibung, der Mißstimmung, der Vergeudung von Kraft und Zeit unterbunden. Der beträchtliche Gewinn von Kampfeslust und Kampfmitteln kommt der Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder zugute.

Aber all das ist schon tausendmal und viel eindringlicher als hier dargelegt worden, leider mit sehr ungenügendem Erfolg, wie die noch immer viel zu hohe Zahl von kleinen Verbänden bezeugt. Der Drang nach Verminderung, nach Beseitigung der überaus kostspieligen Wirklichkeit ist, gottlob, beträchtlich gewachsen. Ihm entspringt die reiche Fülle von Anträgen auf Schaffung von *Industrieverbänden* auf der ganzen Linie und wohl auch jene (über das Ziel hinausgeschießenden) Anträge auf innerorganische Einheitlichkeit, auf Schematisierung. Es steht zu erwarten, daß sich die Befürworter der beiden Arten von Anträgen für die Erreichung des näheren, des praktischen Zieles, des *Industrieverbandes*, verbinden.

Die Abgrenzung der Verbände dürfte, wie eine vielfältige Erfahrung lehrt, die Redelust in wilde Bewegung bringen. Die Grenzlinien laufen heute vielfach durcheinander, wodurch so unendlich viel Streitigkeiten hervorgerufen wurden. Die von Ordnungssinn bewegte Hand wird auf scharfen Widerstand stoßen; sie hätte geschäftlich Gewonnenes oder durch hohes Alter Geheiltes zu beseitigen, was bekanntlich schwerer ist, als Neues zu schaffen. Dem gewerkschaftlichen Gemeinschaftssinn wird es wenig darauf ankommen, daß die Grenzlinie mehr rechts oder links gezogen wird, um so mehr aber darauf, daß sie eine Festlegung erhält, die höchste *Rasentaktung* verbietet. Wird nach diesem Gesichtspunkte verfahren, und einen besseren dürfte es schwerlich geben, dann kann die Lösung der Frage nicht schwierig sein. Dieser Gesichtspunkt verlangt, daß alle Arbeiter, die sich einem Unternehmer oder einer Unternehmergruppe kämpfend gegenüber befinden können, in einen Verband einzureihen sind. Dadurch werden alle die Arbeiter, welche gemeinsam einen Angriff zu gewärtigen haben, in eine gemeinsame Front gestellt, sie sind zu einer Organisation von höchstmöglicher Ebenbürtigkeit vereinigt, der einheitlich organisierte und ebenso handelnde Gegner steht sich einer einheitlich organisierten und ebenso zum Handeln befähigten Arbeiterschaft gegenüber.

Eine hohe Zahl von Anträgen betrifft die bekannten *zehn Punkte* des Gewerkschaftsbundes. Sie hängen meist in den Vorwurf gegen den Bundesvorstand aus, daß er für seine Forderungen wenig getan habe und verlangen, daß er das ganze Gewicht der Gewerkschaftsbewegung für die Durchführung einsetze. Wie immer man die Beweggründe der Antragsteller bewerten mag, es spricht aus ihnen ein erfreuliches Vertrauen in die Kraft des Gewerkschaftsbundes, das nicht enttäuscht werden sollte. Der Bundesvorstand wird gewichtige Gründe für sein Verhalten in dieser Sache anführen müssen, will er die Menge der Kritiker befriedigen. Für zahlreiche Arbeiterhaufen ist der Gewerkschaftsbund auch in politischen Dingen der Hoffnungsträger geworden, ein Verhältnis, das beide Seiten ehrt. Zur Vertiefung dieses Verhältnisses wird der Leipziger Kongress der Gelegenheiten in Fülle bringen, daß sie dort von allen Seiten benutzt werden mögen, ist unser aufrichtiger Wunsch.

### Anderere Zeiten, andere Menschen!

Wenn man einem mit der Gedankenwelt des Sozialismus noch nicht vertrauten Menschen die sozialistischen Forderungen und Ziele schildert und auseinandersetzt, wie man sich die Verwirklichung der neuen Wirtschaft und Gesellschaft denkt, bekommt man gewöhnlich den Einwurf zu hören, der Sozialismus sei ein schöner Traum, der aber niemals verwirklicht werden könne. Und wenn man fragt, warum die Verwirklichung unmöglich sei, so wird geantwortet, daß die Menschen nicht dafür paßten und daß der Sozialismus in der Praxis scheitern müsse, weil die Menschen ungeeignet seien, eine solche neue Wirtschaft und Gesellschaft ins Leben zu rufen und darin zu arbeiten. Die Menschen seien eben selbstständig und lediglich auf die Förderung ihres eigenen Interesses bedacht, Gemeinnutz und Solidarismus würden erlöst durch Selbstsucht und Erwerbssücht, und was das schlimmste sei, die Menschen würden sich niemals ändern, sondern in ihrem Kern immer das bleiben, was sie gewesen seien. Eine innere Umwandlung der Menschen sei ausgeschlossen und trotz äußerer Veränderungen, die wohl möglich seien, werde es niemals Sozialisten in beträchtlicher Anzahl geben. Ein paar weiße Raben, so heißt es weiter, könnten nichts daran ändern, die große Masse der Menschen sei nicht reif für den Sozialismus und werde auch niemals dafür reif werden.

Dieser Einwurf — es ist der einzige, den man gegen den Sozialismus erheben kann — wird durch die Erfahrung und die Geschichte widerlegt. Es ist nicht wahr, daß die Menschen ewig dieselben bleiben, im Gegenteil, ihr Fühlen und Denken, Wollen und Handeln verändert sich fortwährend unter dem Einfluß der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Menschen und Verhältnisse stehen in einer gegenseitigen, ununterbrochenen Wechselwirkung, sie beeinflussen einander und formen sich gegenseitig um. Andere Menschen schaffen andere Verhältnisse und andere Verhältnisse schaffen andere Menschen. Zweifellos sind die heutigen kapitalistisch verfaßten Menschen, die obendrein noch durch den Krieg, seine Begleit- und Folgererscheinungen, wie Hunger, Schiebererei und Schlemmerei, sowie durch die Zerrüttung unseres ganzen wirtschaftlichen und sozialen Lebens verdorben worden sind, zum Aufbau und zur Durchführung einer sozialistischen Ordnung nicht besonders geeignet, und es wäre Demagogie schlimmster Sorte, wollte man sie für reif erklären. Daraus folgt aber noch lange nicht, daß sie ewig ungeeignet bleiben werden und daß es unmöglich sei, sie dafür reif zu machen. Wenn es eine Tatsache ist — und wir werden sie beweisen —, daß die Menschen früherer Zeit, die unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen gelebt haben, andere Menschen gewesen sind als wir, so folgt daraus, daß auch die späteren Menschen, die unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen leben werden, andere Menschen sein werden als wir Gegenwartsmenschen.

Wie aus den Schilderungen der Geschichtsschreiber des Altertums hervorgeht, hatte der Gedanke einer Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Menschen in der damaligen auf der Sklaverei aufgebauten Wirtschaft noch keinen Platz. Die Sklaven waren besitzlos und rechtlos, sie waren der Willkür ihrer Herren willenlos und widerstandslos ausgeliefert, sie waren weiter nichts als sprechende Tiere. Selbst die geistig und sittlich hochstehenden Menschen konnten sich nicht dazu aufschwingen, in den Sklaven Menschen zu erblicken und ihnen ein Recht einzuräumen auf Freiheit und Menschenwürde. Menschenliebe und Solidarismus beschränkten sich auf den engen Kreis der Stammes- und Klassenangehörigen, alle anderen Menschen galten als Feinde, die man in der rücksichtslosesten, grausamsten Weise bekämpfte. An die Möglichkeit einer Beseitigung der Sklaverei dachte und glaubte damals kein Mensch, die Sklavenwirtschaft galt eben als eine unabänderliche, von den Göttern geschaffene Weltordnung, und wer sie angriff, war ein Unfützler und Verbrecher.

Im Mittelalter verschwand die Sklaverei allmählich, weil sich herausgestellt hatte, daß die Sklavenarbeit unrentabel war. Die Sklaven arbeiteten ohne Interesse und darum gleichgültig und nachlässig, so daß hochwertige Leistungen, wie sie die freie Arbeit hervorbringt, ausgeschlossen waren. An die Stelle der Sklavenwirtschaft trat die mittelalterliche Feudalwirtschaft und die Kleinrentenwirtschaft, handwerksmäßige Betriebsweise. Die Großgrundbesitzer gaben ihr Land oder Teile davon den Bauern zu Lehen, das heißt leihweise auf Frist oder Lebenszeit, und ließen sich dafür Abgaben und Frondienste leisten. Die Bauern waren nicht mehr unfrei und rechtlos wie die Sklaven, sie waren halbfrei und hatten gewisse Rechte, man nannte sie Hörige, weil ihr Land den Grundherren gehörte und weil sie selbst auf die Befehle ihres Herrn hören mußten. Es bildete sich ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Grundherren und Bauern, letztere waren den ersteren Ehrfurcht, Liebe, Dankbarkeit und Gehorsam schuldig, wie Kinder ihren Eltern, erstere hatten die Pflicht, die letzteren gegen Angriffe und Schädigungen zu schützen. Die Grundherren betrieben das Kriegshandwerk, die Bauern lieferten ihnen die nötigen Lebensmittel und beide standen sich gut dabei. Dies Verhältnis wurde erst anders, als die kapitalistische Geldwirtschaft ihre Schatten vorauswarf und die mittelalterliche Naturalwirtschaft zu verdrängen begann. Jetzt erwarbte in den Grundherren die Gier, mehr zu bekommen und mehr zu haben, und es setzte die Bedrückung und Ausbeutung der Bauern durch die Grundherren ein. Dagegen empörten sich die Bauern und sie, die von jeher das konservative, ruhige Element waren in der Gesellschaft, wurden blutdürstige Revolutionäre, die die Herren mit Krieg überzogen und die größten Greuelthaten verübten. Zwischen Grundherren und Bauern hatte sich ein Haß entwickelt, der in beiden Stämmen zum Himmel loderte und das deutsche Land





